

Weltlehrertag am 5. Oktober:

WARUM WIR VHS-DOZENT*INNEN PROTESTIEREN

*VHS-Dozent*innen werden dramatisch unterbezahlt, erhalten immer nur kurzfristige Honorarverträge und bekommen 600 Euro Rente nach einem Vollzeitberufleben. Wir fordern einen Tarifvertrag!*

Volkshochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Für die Integration von Zugewanderten sind sie unverzichtbar. Ihre Lehrkräfte ermöglichen in allen Bereichen ein breites und hochwertiges Programm.

Als Deutschlehrende sind sie für Migrant*innen aus allen Herkunftsländern die ersten Ansprechpartner*innen für das neue Leben in Deutschland. Als Fremdsprachendozent*innen fungieren sie als Brücke zwischen den Kulturen. Als Kursleiter*innen im Bereich IT, Sport oder Kunst sichern sie das Recht auf Weiterbildung und eröffnen den Teilnehmer*innen neue berufliche und persönliche Perspektiven.

An den zwölf Berliner Volkshochschulen sind etwa 830 von 3500 Dozent*innen hauptberuflich tätig. Sie geben rund 70 Prozent des VHS-Unterrichts, haben eine akademische Ausbildung sowie didaktische Qualifikationen. Sie sind vom Senat als arbeitnehmerähnlich anerkannt und erhalten zum Honorar Zuschläge für die Sozialversicherung sowie gesetzliches Urlaubsentgelt. Dennoch werden sie immer nur freiberuflich beschäftigt, das oft jahrzehntelang.

Der Weltlehrertag am 5. Oktober wird seit 1964 auf Initiative der UNESCO gemäß der „Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer“ weltweit begangen. Danach soll für Lehrer*innen die gleiche soziale Absicherung gelten, unabhängig von der Art der Schulen. Davon sind wir freiberuflichen Lehrkräfte an der VHS Berlin weit entfernt. Gegen Krankheit sind wir nur unzureichend abgesichert, gegen Arbeitslosigkeit überhaupt nicht. Personalvertretungsrechte werden uns vorenthalten. Nur die Altersarmut ist garantiert - durch unser niedriges Honorar.



Aktion am Weltlehrertag 2015.

Ist vor der Wahl auch nach der Wahl?

Vor der Berliner Wahl hat die VHS-Dozent*innen-Vertretung Gespräche mit hochrangigen Vertreter*innen von SPD, Grünen, Linke und CDU geführt und viele positive Rückmeldungen erhalten. Die Parteien versprachen auch schriftlich, sich für unsere Belange einzusetzen.

Wir fordern:

1. gleiche Bezahlung von VHS-Dozent*innen wie für angestellte Lehrkräfte im öffentlichen Dienst mit vergleichbarer Qualifikation
2. Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen mit Sozialstandards wie Mutterschutz, Wiedereinstiegsrecht nach Elternzeit, 100% Ausfallzahlung bei Krankheit sowie eine Dozent*innen-Vertretung, die Rechte erhält
3. Option auf Festanstellung für VHS-Dozent*innen und die Umwandlung von arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung in Anstellungsverhältnisse

„ Wir rufen den neuen Berliner Senat und die Abgeordneten dazu auf, unsere Arbeit endlich finanziell wertzuschätzen.“

In einem ersten Schritt fordern wir sofort, dass alle Dozent*innen, deren Aufgaben einen akademischen Abschluss erfordern, wieder gleich bezahlt werden. Ihr Honorar soll auf das der Deutschdozent*innen in Integrationskursen angehoben werden. Dort erhalten VHS-Dozent*innen aus Bundesmitteln seit Juli 2016 endlich ein höheres Honorar. Das liegt aber nun um etwa ein Viertel über dem von Kolleg*innen in anderen VHS-Kursen mit gleicher Tätigkeit – zum Beispiel in Deutschkursen für Flüchtlinge des Landes Berlin. Der Grund sind allein unterschiedliche Geldgeber. Die VHS-Honorarerhöhung auf das Niveau der bundesfinanzierten Integrationskurse muss schnellstmöglich im Berliner Nachtragshaushalt ausgewiesen werden.

Jetzt stehen SPD, Grüne und Linke sowie der Regierende Bürgermeister in der Verantwortung. Mit den Gewerkschaften ver.di und GEW wollen wir erreichen, dass unsere Forderungen im Koalitionsvertrag verankert und zügig umgesetzt werden.

Denn VHS-Dozent*innen verdienen miserabel und erheblich weniger als angestellte Schullehrer*innen mit vergleichbarer Qualifikation. Selbst bei jahrzehntelanger Vollzeitarbeit an der VHS werden wir nur freiberuflich eingesetzt - mit Verträgen für wenige Wochen. Bei Vollzeitarbeit erhalten wir ca. 1300 Euro pro Monat nach Abzügen. Rente nach 35 Vollzeitberufsjahren: zwischen 400 und 700 Euro pro Monat.

Unterbezahlung, Scheinselbständigkeit, Altersarmut – all das im öffentlichen Auftrag! Wir rufen den neuen Berliner Senat und die Abgeordneten dazu auf, unsere Arbeit endlich finanziell wertzuschätzen.

Beispiele der derzeit **bestverdienenden** VHS-Dozent*innen in Berlin

Jahresverdienst VHS Berlin – Steuerbescheid 2015

Ina Integra (50)

- Vollzeit Deutsch-Dozentin, VHS Berlin
- Studium Germanistische Linguistik, Deutsch als Fremdsprache, Spanisch
- Berufserfahrung 17 Jahre
- alleinerziehend, ein Kind in Ausbildung

Arbeitszeit pro Woche: 28 UE = mit Vor- und Nachbereitung 42 Zeitstunden
(Lehrervollzeit = 26 UE)

Honorar 2015 ca. 32 Euro pro UE

33.068 €	Jahresverdienst 2014
- 10.911 €	Renten-, Pflege- und Krankenversicherung
	(Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil)
- 3.792 €	Betriebskosten (Bücher, Computer etc.)
- 2.589 €	Steuern

15.776 €	Jahresverdienst nach Abzügen
1.315 €	Monatseinkommen (netto)

unbezahlt: Konferenzen, Fortbildungen, Alltags-Beratungen

Rente mit 67

Italia Bianchi (47)

- Vollzeit Italienisch-Dozentin an der VHS Berlin
- Studium Italienische Sprache und Literatur
- Zusatzqualifikation: Ditals (Italienisch als Fremdsprache)
- Berufserfahrung derzeit 19 Jahre
- davon 13 Jahre bei privaten Trägern

Honorar 2015 ca. 32 Euro pro UE

2036: Renteneintritt mit 67 Jahren
nach 39 Berufsjahren Vollzeit als Sprachdozentin, aktueller Rentenbescheid:

647,84 € monatlich
abzüglich Kranken- und Pflegeversicherung

bei jährlicher Renten-Steigerung um 1%:
790 € monatlich
abzüglich Kranken- und Pflegeversicherung

Hintergrund: Bis 1992 wurden Berliner VHS-Dozent*innen im akademischen Bereich (u.a. Sprachen, IT, Kunst) auf Honorarbasis umgerechnet wie Lehrer*innen nach dem Bundesangestelltentarif BAT III (heute Entgeltgruppe 11) bezahlt. Dann folgte eine Phase von 17 Jahren ohne Erhöhung, in denen die Lebenshaltungskosten um 40 Prozent gestiegen sind. Die Honorarerhöhungen seit 2009 reichen nicht aus, um die prekäre Situation zu beenden.

Forderungen: Bezahlung wie angestellte Lehrer*innen!

(gemäß Entgeltgruppe 11)

Option: Festanstellung - oder arbeitnehmerähnlicher Status – jeweils mit Tarifvertrag.

Bei freiberuflicher Beschäftigung:

- 60 Euro pro Unterrichtseinheit
- Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung als steuerfreie Zuschüsse
- 100 % Ausfallzahlung bei Krankheit ab dem 1. Tag
- Rente auf Lehrer*innen-Niveau
- Personalvertretungsrechte

Kontakt und Informationen: Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung, ver.di Berlin-Brandenburg, GEW Berlin
Kontakt: dozvertretung-vhs-berlin@gmx.de; www.vhs-tarifvertrag.de